



## Hendricks: Eintrag von Stickstoff muss wirksam und dauerhaft begrenzt werden Düngeverordnung wird novelliert

Hendricks: Eintrag von Stickstoff muss wirksam und dauerhaft begrenzt werden Düngeverordnung wird novelliert  
Der übermäßige Eintrag von Stickstoff in Böden, Luft und Wasser ist ein drängendes Umweltproblem. Eine umfassende Analyse der Ursachen und Handlungsempfehlungen, wie der Eintrag wirksam gesenkt werden kann, enthält ein neues Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU), das Bundesumweltministerin Barbara Hendricks heute entgegen genommen hat. "Der Eintrag von Stickstoff in die Umwelt ist nach wie vor zu hoch. Um Gesundheit und Natur besser und nachhaltig zu schützen, sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um zum Beispiel die Einträge aus der landwirtschaftlichen Düngung maßgeblich zu reduzieren. Mit der Novellierung der Düngeverordnung geht die Bundesregierung diese Aufgabe entschlossen an", sagte die Ministerin. Der übermäßige Eintrag von Stickstoff in die Umwelt hat eine Vielzahl unterschiedlichster Wirkungen: Er führt zur Gesundheitsbelastung durch Luftschadstoffe wie Stickstoffdioxid und Feinstaub, zu Nitrat im Grundwasser, zum Verlust an biologischer Vielfalt durch Überdüngung von Binnengewässern, Meeren und Landökosystemen sowie zur Verstärkung des Klimawandels. In seinem heute vorgelegten Sondergutachten mit dem Titel "Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem" erkennt der SRU an, dass die Stickstoffeinträge in vielen Bereichen bereits gemindert worden seien. Um jedoch zu einer wirksamen Begrenzung auf ein nachhaltig tragfähiges Maß zu kommen, empfiehlt der SRU der Bundesregierung, gemeinsam mit den Ländern eine "nationale Stickstoffstrategie" zu entwickeln, die ein differenziertes Zielsystem und anspruchsvolle, effiziente und aufeinander abgestimmte Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele enthalten solle. Neben Emissionen insbesondere aus der Verbrennung fossiler Energieträger in den Sektoren Verkehr und Energiewirtschaft spiele die Landwirtschaft darin eine Schlüsselrolle. Die Bundesregierung arbeitet an der Novellierung der Düngeverordnung. Der Entwurf der Novelle liegt derzeit den Bundesländern und Verbänden zur Stellungnahme vor. Der Bundesumweltministerin Hendricks betonte: "Der SRU bestätigt, dass wir im Düngebereich in die richtige Richtung gehen. Der Rat zeigt aber gleichzeitig auf, dass wir noch mehr tun können und noch mehr tun müssen." Mit dem SRU-Gutachten und dem kürzlich vom Umweltbundesamt (UBA) veröffentlichten Positionspapier "Reaktiver Stickstoff in Deutschland - Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen" habe die Bundesregierung nun eine hervorragende, wissenschaftlich fundierte Grundlage, um dieses in der Tat "drängende Umweltproblem" in den Griff zu bekommen, so Hendricks. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) ist ein wissenschaftlich unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung. Neben dem alle vier Jahre zu erstellenden umfassenden Hauptgutachten erarbeitet der SRU Sondergutachten zu Einzelfragen sowie Stellungnahmen und aktuelle Kommentare zur Umweltpolitik. Er wurde 1971 gegründet und nahm 1972 die Arbeit auf. Hinweis: Das Gutachten "Stickstoff - Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem" ist im Internet eingestellt unter: [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de). Das Positionspapier "Reaktiver Stickstoff in Deutschland - Ursachen, Wirkungen, Maßnahmen" kann abgerufen werden unter: <http://www.umweltbundesamt.de/stickstoff-belastet-waelder-trinkwasser> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) Stresemannstraße 128 - 130 10117 Berlin Telefon: 030 18 305-0 Telefax: 030 18 305-2044 Mail: [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

### Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

### Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

[presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de)

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigenratengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.